

# Generalversammlung

*Distrikt Allgemeines*

*15. August 2017*

*Original: Englisch*

## **Menschenrechtsrat**

### **Sechszunddreißigste Sitzung**

11.-29. September 2017

Tagesordnungspunkt 9

**Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit verbundene Formen der Intoleranz, Folgemaßnahmen und Umsetzung der Erklärung von Durban und des Aktionsprogramms von Durban**

## **Bericht der Arbeitsgruppe der Experten für Menschen afrikanischer Herkunft über ihre Mission in Deutschland**

[...]

### **IV. Manifestationen rassistischer Diskriminierung**

#### **A. Strafrechtssystem, Repräsentation, negative Stereotypen und Medien**

[...]

28. Die Arbeitsgruppe ist besonders besorgt über das Versäumnis des Staates, insbesondere der Polizei, in Fällen von Rassendiskriminierung und Gewalt gegen Menschen afrikanischer Herkunft wirksam zu ermitteln und für Gerechtigkeit zu sorgen. Ein Beispiel ist Oury Jalloh, ein afrikanischer Asylbewerber, der 2005 bei einem Brand in einer Polizeizelle in Dessau starb, während seine Hände und Füße gefesselt waren. Besorgnis erregend sind rassistische Vorurteile bei seiner Verhaftung, Misshandlungen durch die Polizei, die Anwendung körperlicher Fixierung und Lücken bei der Untersuchung der Todesursache. Der Fall wurde von den Gerichten geprüft und ein Strafverfahren endete mit einer geringfügigen Verurteilung. Es gab keine unabhängige Untersuchung, und die lange Zeit, die verstrichen ist, ohne dass eine endgültige Entscheidung getroffen wurde, hat weitere Zweifel an den Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht im Strafrechtssystem geweckt. Die Arbeitsgruppe ist der Auffassung, dass institutioneller Rassismus und rassistische Stereotypisierung durch das Strafrechtssystem dazu geführt haben, dass die Täter nicht wirksam ermittelt und verfolgt wurden. Die Arbeitsgruppe ist auch besorgt über die Schikanen gegen Menschenrechtsverteidiger, die in diesem Fall versuchen, Wahrheit und Gerechtigkeit zu suchen.

[...]

## **V. Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

### **B. Empfehlungen**

[...]

76. Die Arbeitsgruppe fordert die Regierung auf, eine unabhängige Untersuchung des Falles Oury Jalloh unter Einbeziehung der Oury Jalloh-Initiative einzuleiten, um Vorfälle zu untersuchen, die zum Tod von Herrn Jalloh Inhaftierung geführt haben, die Verantwortlichen zu identifizieren und zu verfolgen und diejenigen zu ermitteln, die die Menschenrechtsverteidiger, die in diesem Fall Gerechtigkeit suchen, schikaniert und eingeschüchtert haben.